



Stadt Halle (Saale)

13.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 08.11.2023:

**zu 5.1 Haushaltskonsolidierungskonzept – Fortschreibung ab dem Haushaltsjahr 2024 – und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: VII/2023/06097**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2024. Der Oberbürgermeister wird mit der Fortführung der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2024 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan 2024.
3. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2022 zur Kenntnis.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

13.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 08.11.2023:

**zu 5.2 Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels Halle (Saale) 2024 durch den Stadtrat
Vorlage: VII/2023/06274**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der als Anlage beigefügte Mietspiegel Halle (Saale) 2024 wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß § 558d BGB anerkannt.
2. Der qualifizierte Mietspiegel 2024 tritt am 01. Januar 2024 in Kraft.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

13.11.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses vom 08.11.2023:

**zu 6.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zu einer Informationskampagne der Stadt zum Masernschutzgesetz
Vorlage: VII/2023/06150**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert eine umfangreiche Informationskampagne zur Masernimpfpflicht bzw. adäquater Immunität für alle Jahrgänge ab 1970 durchzuführen. Insbesondere sind hier auch alle Verantwortung Tragenden und Angestellten von infrage kommenden Gemeinschaftseinrichtungen zu sensibilisieren. In dieser Kampagne soll neben Argumenten auch die durch den Gesetzgeber vorgesehenen Sanktionen von bis zu 2500 Euro thematisiert werden Die Inhalte sollen in allen relevanten Sprachen zur Verfügung gestellt werden.

F.d.R.

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin